

Von der jugendlichen Gewalt und dem Jugendstrafrecht

Neu ist das Phänomen der explodierenden Gewalt in den Vorstädten Frankreichs nicht. Das Ausmaß allerdings ist größer, die Verbreitung flächendeckender, die Schäden gewaltiger, das Echo wahrnehmbarer. Gewaltig ist auch die Heuchelei verantwortlicher Politiker, die so tun, als seien sie von den Ereignissen überrascht worden. Es war vorhersehbar. Es waren keine einzelnen Menetekel mehr, die brennenden Autos vor Jahren in den Vorstädten von Paris und anderswo. Es war damals schon ein Aufstand der in die Vorstädte abgeschobenen Ghettojugend französischer Zuwanderer, es war ein Aufstand einer vernachlässigten Generation, einer ungeliebten Minderheit, die gegen die Ausgrenzungen und Stigmatisierungen durch Staat und Gesellschaft aufbegehrten. Das Tagebuch einer dieser Jugendlichen wurde damals zum Bestseller. "Sagt Lisa" war das aufrüttelnde Dokument einer verlorenen Kindheit und Jugend. Jeder der es gelesen hatte, konnte keinen Zweifel mehr haben, was für eine Sprengkraft sich da zusammenbraute. Es hätte Pflichtlektüre für Polizei, Justiz und Jugendbehörden sein müssen. Einige Dokumentarfilme offenbarten die Zustände, in denen die Menschen, die Kinder und Jugendlichen, dort in den Vorstädten wohnten und in denen sich der Nährboden von Hass und Gewalt konkretisierte. Sie offenbarten auch die Ohnmacht der wenigen Sozialarbeiter und die Brutalität der Ordnungskräfte, deren Einsätze den Hass auf Staat und Gesellschaft potenzierte. Perspektiven gab es für die jungen Leute nicht.

Das was danach versprochen wurde, halbherzig wurde es umgesetzt. Keine besseren Wohnbedingungen, keine bessere Bildung, keine Erfolg versprechende Perspektiven für junge Leute, keine Arbeit, kein Geld. Alles wie gehabt. Statt dessen Polizei und Repression, ein verschärftes Jugendstrafrecht. Das konnte nicht gut gehen. Noch nie und nirgends sind geprügelte und bestrafte Minderheiten gute Staatsbürger geworden. Und nun rächen sich die Versäumnisse. Es sind erwartbare Gewalttätigkeiten, zwangsläufige Ausbrüche, geradezu gesetzmäßige Ereignisse, was sich jetzt zeigt. Erneut offenbaren sie das materielle Elend, aber auch die Diskriminierungen und Demütigungen, denen die Ausgegrenzten in einer wohlhabenden Gesellschaft ausgesetzt sind, durch die Umstände, in denen sie leben müssen, aber auch durch die Reaktionen eines unsensiblen Staatsapparates.

Und dann ein Innenminister, der diese vernachlässigten Jugendlichen Gesindel nennt,

das man mit dem Hochdruckreiniger entsorgen müsse, Demütigungen ohnegleichen, Aberkennung von Menschenwürde denen, die fast alle nur ein normales Leben führen wollen, Familie, Kinder, eine menschengerechte Wohnung und ein ausreichendes Einkommen. Das ist ihr Traum! Und ein Innenminister, der härtere Polizeimaßnahmen ankündigt, als ob die Gewalt der Polizei sich steigern ließe, ein Innenminister, der offenbar nicht begriffen hat, dass Frankreich einmal Schlachtfeld und Opfer der gewaltigsten Revolution war, die es je in Europa gab und aus der die Trias von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Welt verändert hat.

In Deutschland wird die Furcht vor Nachahmungen laut. Es gibt die Beschwichtigungen, in Deutschland seien die Verhältnisse nicht vergleichbar. Sind sie auch nicht! Aber Achtung! Hatten wir nicht zur Zeit der Wende unsere Hoyerswerda, Rostock- Lichtenhagen, Hünxe und Solingen, wo Häuser und Menschen brannten und verbrannten. Haben damals nicht viele gewarnt vor dem Abbau der sozialen Infrastruktur im Osten, der hohen Arbeitslosigkeit junger Menschen und der vernachlässigten Integration fremdländischer und russlanddeutscher Jugendlicher, hatte es nicht Kampagnen von deutschen Jugendlichen gegeben gegen die Russen, gegen die Fidschis, gegen die Türken aus unbeholfener Angst vor den Verdrängungsmechanismen solcher Zuwanderung?

Damals wurde nach dem Strafrecht gerufen. Das Jugendstrafrecht müsse verschärft werden, Null-Toleranz sei das Gebot der Stunde. Und man sollte sich der vollmundigen Versprechungen eines Hamburger Innenministers erinnern, der Halbierung der Kriminalität versprochen hatte durch harte Bestrafung und nichts erreicht hat, was Erfolg bedeuten würde. Im Gegenteil! In den Jahren nach der Wende haben einige Bundesländer immer wieder trotz der Warnungen vieler Experten nach Verschärfung des Jugendstrafrechts gerufen. In der vergangenen Legislaturperiode hat der Bundesrat Gesetzentwürfe vorgelegt, deren Vorschläge wohl erneut in den Bundestag eingebracht werden. Dort wird für die 18 - 20jährigen die Anwendung des starren Erwachsenenstrafrechts verlangt statt des flexibleren und hilfreicheren, weil präventiv besseren Jugendstrafrechts. Die Strafen sollen verlängert werden, die Bestrafungsmöglichkeiten ausgeweitet. Man kann die verantwortlichen Politiker nur warnen. Wer meint, mit Strafrecht Probleme lösen zu können, die aus Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit erwachsen, hat auf längere Sicht verloren. Er wird die Probleme nur verschärfen und Geld für Haftanstalten vergeuden, das besser für integrative, helfende und fördernde Maßnahmen ausgegeben werden sollte. Und er wird Teile der Jugend verlieren, die wir künftig mehr denn je brauchen.

Die Nichtvergleichbarkeit der Umstände und Ereignisse in Frankreich mit denen in Deutschland sollte die Verantwortlichen nicht dazu verleiten, zur Tagesordnung überzugehen oder in erster Linie nach dem Strafrecht zu rufen. Große Teile der Jugendlichen werden sich auch hierzulande eines Tages wehren und es werden nicht die Schlechtesten, sondern die Aktivsten sein, die gegen ihre Vernachlässigung aufbegehren werden! Wir müssen sie rechtzeitig für diese Gesellschaft und für diesen Staat gewinnen durch politische und soziale Integration. Wir brauchen Marshallpläne für die Jugend. Sie sind teuer, aber alles andere wird uns viel teurer zu stehen kommen!